

Reaktionen auf den »Islamischen Staat« (ISIS) in Russland und Nachbarländern

Uwe Halbach

Russland hat sein militärisches Eingreifen in Syrien mit eigenen Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS, ISIS) begründet und auf die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation beim Vorgehen gegen diese Terrormiliz verwiesen. Anzeichen dafür, dass Russland und seine kaukasischen und zentralasiatischen Nachbarn durch den IS bedroht werden könnten, haben sich im Laufe des Jahres 2015 verdichtet. Der bisherige Verlauf des russischen Militäreinsatzes in Syrien zeigt aber, dass diese Begründung eher instrumentellen Charakter hat und hinter Motive zurücktritt, die sich vielmehr aus einem russischen Großmachtanspruch auf eine maßgebliche Rolle im Mittleren Osten ableiten.

Bis 2014 war Afghanistan ein sicherheitspolitisches Thema, das Russland und eine Reihe von Staaten in Zentralasien und im Südkaukasus zur Kooperation mit westlichen Partnern zusammenführte. Sichtbarster Ausdruck dieses Arrangements war das »Northern Distribution Network«, über das die internationalen Truppen am Hindukusch logistisch unterstützt wurden. 2014 drängte die Ukraine-Krise Afghanistan in der politischen und medialen Aufmerksamkeit in den Hintergrund, zu einem Zeitpunkt, als der weitgehende Truppenrückzug aus dem Land erst recht die Frage nach der Sicherheitslage dort aufwarf. Dafür trat eine andere Herausforderung in den sicherheitspolitischen Fokus: die mörderischen Umtriebe des »Islamischen Staats« in Syrien und Irak. Dabei sind beide Probleme mit-

einander verknüpft: IS-Milizen kämpfen in einigen Provinzen Afghanistans; eine Jihad-Gruppierung wie die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), die aus ihrem Heimatland weitgehend vertrieben wurde und sich in Afghanistan und Pakistan verschanzt hat, verlagerte 2015 ihre Loyalität von al-Qaida auf den IS. Der afghanischen Regierung zufolge beteiligen sich derzeit einige Tausend IBU-Milizionäre an Kämpfen in ihrem Land. In Russland und anderen GUS-Staaten wird ein »Jihad-Tourismus« in die Kampfgebiete Syriens und Iraks beklagt.

Präsident Putin nahm bei einem Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (engl. Abk. CSTO) in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe am 15. September 2015 die Verbindung zwischen dem IS und Afghanistan zum Anlass,

eine internationale Koordination bei der Bekämpfung des »Islamischen Staats« zu fordern. Auch das Gastgeberland des Gipfels verklammert beide Themen: Es ist mit der längsten und am schwersten zu kontrollierenden Grenze eines GUS-Staates zu Afghanistan gegenüber den Ausflüssen der dortigen Sicherheitslage exponiert. Der IS wurde in Tadschikistan zum Thema, nachdem ein hoher Sicherheitsbeamter des Landes zu der Terrormiliz übergelaufen war. Nach Angaben des Innenministers in Duschanbe kämpfen bereits 500 Tadschiken in den Reihen des IS. Allgemein ist indes bei solchen Zahlen aus dem GUS-Raum zu betonen, dass die Angaben der Ministerien und Sicherheitsbehörden dieser Region weit auseinandergehen und überprüfungsbedürftig sind. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass unter den geschätzten 13 000 bis 15 000 ausländischen Kämpfern des IS in Syrien und Irak einige Tausend aus Russland, dem Kaukasus und Zentralasien kommen.

IS als sicherheitspolitisches Thema in Russland

Putin wies in Duschanbe zunächst generell auf Bedrohungen hin, die von extremistischen Kräften in Afghanistan ausgehen. In diesem Zusammenhang hob er die Kampf-beteiligung des IS in einigen afghanischen Provinzen hervor, um sich in seiner Rede schließlich ganz auf diesen Jihad-Akteur zu konzentrieren: Der IS, der bereits Territorien in Syrien und Irak kontrolliert, weite seine terroristischen Aktivitäten nach Europa, Russland, Zentral- und Südostasien aus. Kurzum, der IS stelle eine weltweite Gefahr dar, die eine internationale Anti-Terror-Kooperation vor Ort, das heißt in Syrien, erfordere. Am 28. September wiederholte Putin seinen Aufruf zum weltweiten Kampf gegen den IS vor der VN-Vollversammlung.

Um die durch die Ukraine-Krise unterbrochene internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung wieder in Schwung zu bringen, richtete der Kreml im Außenministerium eine neue Vizeministerstelle ein und besetzte sie mit einem Ge-

heimdienstgeneral des FSB, der zuletzt für die Sicherheit bei den Olympischen Winterspielen in Sotchi 2014 zuständig war.

Bis ins Jahr 2015 hinein hat Russland die vom »Islamischen Staat« ausgehende Gefahr eher relativiert und die Terrormiliz als einen von vielen islamistischen Akteuren abgetan, die das mit Moskau verbündete Assad-Regime, die »legitime Regierung Syriens«, bekämpfen. In seiner jährlichen Tele-Konferenz mit der Bevölkerung am 18. April 2015 hatte Präsident Putin noch geäußert, der IS stelle keine Gefahr für Russland dar, obwohl die Sicherheitsbehörden schon zu diesem Zeitpunkt eine zunehmende Abwanderung junger Menschen nach Syrien und Irak registriert und vor den Gefahren gewarnt hatten, die von Rückkehrern aus den dortigen Kampfgebieten ausgehen könnten. Am 22. April bezeichnete Außenminister Lawrow den »Islamischen Staat« in einem Interview erstmals als »Hauptfeind Russlands«.

Breitere öffentliche Aufmerksamkeit erregte das Phänomen der Ausreise russischer Staatsbürger nach Syrien und Irak 2015 mit dem Fall der Moskauer Studentin Varvara Karaulova, die vergebens versucht hatte, sich nach Syrien zu begeben. Nun wurde klar, dass der IS Gefolgschaft im GUS-Raum nicht nur unter kaukasischen und zentralasiatischen Muslimen rekrutiert. Die russischen Angaben zum Umfang dieser Rekrutierung offenbaren aber einen hohen Grad an Unklarheit. Die Zahlen bewegen sich in einer Spannweite von 800 bis zu mehreren Tausend (laut FSB: 2400).

Russland hat den IS erst Ende Dezember 2014 auf seine Liste terroristischer Organisationen gesetzt und dabei andere islamistische Gruppierungen außer Acht gelassen, in denen seine Staatsbürger, insbesondere Tschetschenen und Dagestaner, in Syrien und im Irak ebenfalls aktiv sind – wie die Jaish al-Muhajireen-wal-Ansar, die überwiegend von Kämpfern aus dem Nordkaukasus gegründet wurde. Ausländische und russische Beobachter, darunter die kremlkritische *Novaja Gazeta* im Juni 2015, erhoben gegenüber den Sicherheitsbehörden Russ-

lands den Vorwurf, der Abwanderung von Jihadisten aus dem Nordkaukasus und anderen Regionen nach Syrien tatenlos, wenn nicht gar wohlwollend zuzusehen, da sie eine Entlastung für den Anti-Terror-Einsatz im eigenen Land mit sich bringe. Tatsächlich nahmen die Terroraktivitäten in Russland selber ab. Das »Kaukasus-Emirat«, das seit 2007 den islamistischen Untergrundkampf im Nordkaukasus koordiniert, ist seit Ende 2014 durch das Überlaufen einiger Feldkommandeure zum IS von Spaltungstendenzen erschüttert und geschwächt. Dem russischen Islamexperten Aleksej Malaschenko zufolge reisten gar Offizielle aus der Teilrepublik Dagestan nach Syrien, um IS-Kämpfer aus dem Kaukasus darin zu bestärken, ihren Jihad im Mittleren Osten und nicht in ihrer Heimat auszutragen. Der IS verstärkte 2015 seine russischsprachige Propaganda in Internet-Foren wie »Furat Media«, ohne dass die Behörden laut *Novaja Gazeta* diesem Treiben große Aufmerksamkeit widmeten.

Der Kaukasus: Angriffsfläche für den Islamischen Staat?

Am 23. Juni 2015 rief der IS-Sprecher Muhammad al-Adnani ein »Wilajat Kavkaz«, eine Provinz Kaukasus, als Teil des IS-Kalifats aus. Es war ein propagandistischer Akt, der nicht bedeutet, dass der IS in dieser Region militärisch präsent ist oder sie gar kontrolliert, der aber den zunehmenden Einfluss dieser Terrormiliz auf die islamistische Szene im Nordkaukasus symbolisiert. Zuvor hatten mehr und mehr ideologische und militärische Führer des »Kaukasus Emirats« dem »Kalifen« Abu Bakr al-Baghdadi Treue geschworen und sich von al-Qaida abgewandt. Damit bestätigte sich im islamistischen Untergrund im Nordkaukasus ein Trend, dem zuvor schon Jihad-Netzwerke in Nordafrika, Jemen, Pakistan und Afghanistan gefolgt waren. Seitdem mehren sich am Südrand der Russischen Föderation die Warnungen vor einer Bedrohung durch den »Islamischen Staat«. Kurz zuvor hatten die föderalen und lokalen Sicherheitsorgane

noch den Rückgang terroristischer Aktivitäten dort für sich reklamiert. Als lautester Mahner tut sich wieder einmal der tschetschenische Republikführer Ramzan Kadyrow hervor. Er rief alle muslimischen Länder dazu auf, sich im Kampf gegen den IS, den er mit Iblis-Staat – also Teufelsstaat – übersetzt, zusammenzuschließen. Für Kadyrow ist der IS ein Produkt anti-islamischer westlicher Politik, womit er sich im Einklang mit der offiziellen Sichtweise des Kreml befindet, der dem Westen regelmäßig »fatale Eingriffe im Mittleren Osten« vorwirft. Kadyrow bot Truppen für eine von Moskau bislang noch ausgeschlossene russische Bodenoffensive in Syrien an, die dann auf tschetschenische Kämpfer auf der Gegenseite treffen würde. Auch die »Stavropol Kosakenarmee« erklärte sich bereit, Kämpfer nach Syrien zu schicken.

Terroristische Aktivitäten im Nordkaukasus, die eindeutig den Überläufern zum IS zuzuschreiben sind, haben sich aber bislang nicht verstärkt. Bis September 2015 wurden nur zwei Anschläge in Dagestan der IS-Gefolgschaft zugeschrieben: die Ermordung des Imam einer Dorfmoschee und ein bewaffneter Angriff auf die Familie eines Wahrsagers.

Auch im Südkaukasus mehren sich die Stimmen, die vor dem IS warnen. Aus dem Pankisi-Tal in Georgien, das mehrheitlich von einer tschetschenischen Volksgruppe bewohnt wird, stammen einige Teilnehmer an den Kämpfen in Syrien – so Umar al-Shishani (eigentl. Tarkhan Batiraschwili), der dort prominenteste Milizen-Führer aus dem Kaukasus. Auch Aserbaidshan ist hier exponiert. Schon zuvor war das einzige muslimische Land im Südkaukasus mit seinem betont säkularen Staatsmodell mit »wahhabitischen« (salafistischen) Einflüssen aus dem Nordkaukasus und schiitischen Missionen aus dem Iran konfrontiert. Nun kommt mit dem Krieg in Syrien eine weitere Herausforderung hinzu. Auch aus Aserbaidshan zog es junge Leute in die dortigen Kampfgebiete. Ihre Rückkehr in die Heimat könnte das bisher weitgehend konfliktfreie Verhältnis zwischen der schiitischen Mehr-

heit und der sunnitischen Minderheit des Landes vergiften.

Zentralasien: Zwischen Syrien und Afghanistan?

Laut Angaben der Sicherheitsbehörden der betreffenden Staaten kämpfen 500 bis 600 Staatsbürger Usbekistans, 500 Bürger Tadschikistans, 350 Kirgistanen und einige Hundert Kasachen in den Reihen des IS. Selbst Turkmenistan, das sich mit derartigen Informationen normalerweise zurückhält, beklagt die Teilnahme turkmenischer Bürger an Kämpfen im Mittleren Osten. Im Frühjahr 2015 mobilisierte es erstmals seine militärischen Reservekräfte und begründete diesen Schritt mit der Bedrohung durch IS-Kämpfer im benachbarten Afghanistan. Im Mai hielten die CSTO-Mitglieder ein Manöver an der tadschikisch-afghanischen Grenze ab, das die Abwehr einer Invasion von 700 Untergrundkämpfern simulierte. In den an Afghanistan grenzenden Staaten ist die Verbindung des IS zur afghanischen Krisenzone zum sicherheitspolitischen Thema geworden. So schrillten zum Beispiel in Taschkent die Alarmglocken, als die Islamische Bewegung Usbekistans zu dieser Terrormiliz übertrat: Nachdem schon zuvor mehr und mehr IBU-Kämpfer dem »Islamischen Staat« den Vorzug vor al-Qaida und den Taliban gegeben hatten, bekannte sich im August 2015 nun auch die Führung dieser berüchtigtsten zentralasiatischen Jihad-Gruppierung zum »Kalifen« al-Bagh-dadi.

Wie im Kaukasus und in Russland sind aber auch im nachsowjetischen Zentralasien selber bislang keine militärischen Aktivitäten des IS zu verzeichnen. In Usbekistan liegen die letzten Terroranschläge der IBU Jahre zurück. In Kirgistan kam es am 16. Juli zu einer Schießerei in der Hauptstadt Bischkek. Staatliche Stellen bezeichneten den Zwischenfall als erfolgreiche Operation gegen den IS, ohne dafür Beweise vorzulegen.

Die vom IS ausgehende transnationale Bedrohung verstärkt eine Tendenz, die von

Aserbaidshan bis Tadschikistan den Umgang postsowjetischer Machteliten mit politischen Herausforderungen wie religiösem Extremismus prägt: Da werden vielfältige Krisensymptome, die im Verantwortungsbereich der Macht- und Sicherheitseliten liegen, mit Hinweis auf eine externe Bedrohung verdrängt. Dabei dient die Abwehr islamistischer Einflüsse von außen der Legitimation autoritärer Herrschaft und einer staatlichen Religionspolitik, die in sowjetisches Kontrollverhalten zurückfällt. Hierin liegt eine indirekte Gefahr, die vom »Islamischen Staat« für den GUS-Raum ausgeht: dass nämlich in den betreffenden Staaten repressive Maßnahmen verstärkt werden, die islamistischen Einfluss eher begünstigen als reduzieren.

Ausblick

Die bisherigen Schläge der russischen Luftwaffe in Syrien richteten sich weniger gegen IS-Stellungen als gegen andere »Rebellengruppen«. Für den Kreml fällt die gesamte bewaffnete Opposition gegen das Assad-Regime in die Kategorie »Terroristen«. Der eigene Militäreinsatz dient der Unterstützung dieses Regimes, dem in der westlichen Öffentlichkeit schwere Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung vorgehalten werden. Zweifellos gehen vom IS Terrorgefahren für Russland und seine Nachbarn aus – wie auch für andere Weltregionen. Es ist die Frage, ob sie durch den russischen Militäreinsatz in Syrien vermindert werden. Russland begibt sich mit seiner Unterstützung des Assad-Regimes an der Seite Irans und anderer Akteure wie der Hezbollah in Konfrontation zu den Sunniten, zu denen auch die Mehrheit seines eigenen muslimischen Bevölkerungsteils gehört. Die Intervention in Syrien wird zudem noch religiös aufgeladen durch Kommentare der Russisch-Orthodoxen Kirche. Da werden die Luftschläge zum »heiligen Krieg« verklärt und historische Ansprüche Russlands auf Einfluss im Mittleren Osten reklamiert.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364